

**Der Vorsitzende
des Hauptausschusses
der Stadt Tornesch**

**Der Vorsitzende
des Sonderausschusses
Fusion Uetersen/Tornesch
der Stadt Uetersen**

An

- die Mitglieder des Tornescher Hauptausschusses
- die Mitglieder des Uetersener Sonderausschusses Fusion Uetersen/Tornesch
- die Bürgervorsteherin der Stadt Tornesch Heide-Marie Plambeck
- die Bürgervorsteherin der Stadt Uetersen Heike Baumann
- den Bürgermeister der Stadt Tornesch Roland Krügel
- die Bürgermeister der Stadt Uetersen Andrea Hansen
- nachrichtlich den Ratsmitgliedern der Stadt Tornesch zur Kenntnis
- nachrichtlich den Ratsmitgliedern der Stadt Uetersen zur Kenntnis

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir laden ich Sie zu einer gemeinsamen

**öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Tornesch
und des Sonderausschusses Fusion Uetersen/Tornesch der Stadt Uetersen**
am Donnerstag, den 06.10.2011, um 19:00 Uhr, im Sitzungssaal der Stadt Uetersen, ein.

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Kinder- und Jugendfragestunde	
4	Abfassung der Niederschrift vom 24.08.2011	
5	Anfragen von Ausschussmitgliedern gem. § 21 (4) der Geschäftsordnung für die Ratsversammlung und die Ausschüsse der Stadt Uetersen (sind schriftlich bis zum 01.10.2011 bei der Verwaltung einzureichen)	
6	Bericht über die Sitzung und Beschlüsse des Uetersener Sonderausschusses Fusion Uetersen/Tornesch vom 04.10.2011 zum Beschluss des Tornescher Hauptausschusses	
7	Erarbeitung eines gemeinsamen Beschlussvorschlages zum Thema mögliche Fusion der Städte Tornesch und Uetersen	
8	Vorschlag des Tornescher Bürgermeisters der Stadt Tornesch und der Bürgermeisterin der Stadt Uetersen von möglichen Auftragnehmern einer Machbarkeitsstudie	
9	Weiteres Vorgehen	
10	Terminierung einer weiteren Sitzung	

Die Sitzung soll gemäß § 21 Abs. 10 der Geschäftsordnung der Stadt Uetersen um 22.00 Uhr beendet sein. Ist die Tagesordnung zu dieser Zeit nicht abgewickelt, wird zu einer weiteren Sitzung am **10.10.2011** eingeladen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Gunnar Werner

Mit freundlichen Grüßen
gez. Adolf Bergmann



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/11/206
	Status: öffentlich Datum: 06.10.2011
Federführend: Büro des Bürgermeisters	Bericht im Ausschuss: Rahn/Radon/Werner Bericht im Rat: Bearbeiter: Inga Ries
<p>Erarbeitung eines gemeinsamen Beschlussvorschlages zum Thema mögliche Fusion der Städte Tornesch und Uetersen</p> <p>Gemeinsamer Beschlussvorschlag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU und FDP der Stadt Tornesch</p>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
06.10.2011	Arbeitskreis Sonderausschuss Uetersen "Fusion Uetersen/Tornesch" und Hauptausschuss Tornesch

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Tornesch und die Stadt Uetersen streben zur dauerhaften Sicherung der kulturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zur Absicherung und Zukunftssicherung der Region Uetersen/Tornesch und zur Vereinfachung der Verwaltung den Zusammenschluss beider Städte zum nächstmöglichen Zeitpunkt an.
2. Eine derart große Gebiets- und Verwaltungsstrukturänderung kann nur bei umfangreicher Beteiligung und großer Zustimmung der hier lebenden Bevölkerung möglich sein. Daher muss diese auf dem Weg zu einer Fusion mitgenommen und beteiligt werden.
3. Um die Chancen und Risiken einer Fusion verständlich, transparent und nachvollziehbar den Bürgern darzustellen sollen die Auswirkungen und Ergebnisse mit Hilfe eines Gutachtens zusammengetragen werden.
4. Es werden ein oder mehrere Moderatoren gesucht, die nicht aus der aktuellen Kommunalpolitik oder Verwaltung stammen und in beiden Orten die notwendigen Informationsveranstaltungen moderieren. Dazu sollen sich die Moderatoren Fachleute (pro und kontra) einladen können, die Fakten aus dem Gutachten erläutern und in Veranstaltungen die Bürger in beiden Orten sachlich und unabhängig informieren.
5. Nach den entsprechenden Informationsveranstaltungen und bei positiver Beschlussfassung durch die Ratsversammlungen können gegebenenfalls in beiden Orten zeitgleich Bürgerentscheide über die Fusion stattfinden.

6. Zur Deckung der Kosten, die in diesem Verfahren entstehen, ist ein Förderantrag beim Innenministerium in Kiel zu stellen. Verbleibende Kosten sind von beiden Städten zu gleichen Teilen zu übernehmen.

7. Zur Unterstützung der Bürgerbeteiligung und Information soll eine gemeinsame Internetplattform eingerichtet werden.

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister